

Vertreter:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Horst Dewenter
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Rainer Ortel
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Ma- rienne Helmes

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher Anwesend ab 17:25 Uhr TOP 5
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4 Anwesend bis 18:12 Uhr
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
-------------------	----------------------

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 40 über die öffentliche Sitzung am 23. September 2008

I/A/0215

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23. September 2008 gefassten Beschlüsse

I/A/0255

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

I/A/0293

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass die für den 8. November terminierte Kranzniederlegung an der ehemaligen Synagoge, dieses Jahr bereits um 11 Uhr stattfindet. Im Anschluss daran beginnt die Prominentensammlung des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK). Treffpunkt 11:30 Uhr vor dem Rathaus. Frau Dr. Kordfelder bittet um Teilnahme.

**4. Steuerkraftstatistik 2007
Vorlage: 399/08**

I/A/0368

Herr Lütkeemeier erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Steuerkraft- und Hebesatzstatistik 2007 zur Kenntnis.

5. Festlegung der Eckdaten für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2009 - 2012
Vorlage: 400/08

I/A/0945

Frau Dr. Kordfelder informiert über den Terminplan des Aufstellungs- und Beteiligungsverfahren zum Haushalt 2009. Zur vorliegenden Vorlage verliest Frau Dr. Kordfelder folgende Stellungnahme:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Vorlage will ich zunächst deutlich machen, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen zur Aufstellung des Haushaltes 2009 gegenüber der bisherigen Finanzplanung deutlich verschlechtert haben. Dies liegt in erster Linie an der erheblich geringeren Schlüsselzuweisung des Landes, aber auch an massiven Mehraufwendungen für den Bereich der Erziehungshilfen und für die weitere Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Auf diese Problematik hat der Kämmerer bereits in der HFA-Sitzung am 19. August 2008 hingewiesen.

Die in der Vorlage enthaltenen Eckdaten wurden aus der bisherigen Finanzplanung und unter Berücksichtigung der Veränderungen aus dem Berichtswesen entwickelt. Daneben wurden die neuesten Erkenntnisse aus dem Budgetvollzug einbezogen.

Die steuerlichen Erträge als wesentliche Finanzierungsbasis wurden unter Zugrundelegung der augenblicklichen Ertragsentwicklung und der Mai-Steuerschätzungen ermittelt. Angesichts der allgemein nach unten korrigierten Konjunkturprognosen ist allerdings zu befürchten, dass die Ergebnisse der November-Steuerschätzung Reduzierungen der Ansätze erforderlich machen werden.

Von der internationalen Finanzkrise ist die Stadt Rheine direkt – und das ist mir wichtig – nicht betroffen: Die Stadt Rheine hat keine risikobehafteten Anlage- und/oder Kreditgeschäfte getätigt. Insbesondere wurden keine Cross-Border- Leasing-Verträge geschlossen und keine risikobehafteten Derivatgeschäfte gemacht.

Allerdings ist zurzeit nicht absehbar, welche Auswirkungen die weltweite Banken- und Finanzkrise auf die Konjunktur- und Steuerentwicklung in Deutschland allgemein haben wird. Deshalb ist die weitere Entwicklung genau zu beobachten und bei der steuerlichen Ertragsentwicklung grundsätzlich von niedrigeren Veränderungsraten auszugehen.

Der Verwaltungsvorstand hat im Rahmen einer Klausurtagung am 5. September 2008 intensiv über die Eckdaten für die Haushalts- und Finanzplanung 2009 – 2012 beraten und diese in der Ihnen nun vorgelegten Ausgestaltung beschlossen.

Auch für die Jahre 2009 - 2011 konnte trotz weiterer strikter Haushaltskonsolidierung kein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen werden. Ich

weise nochmals auf die eingangs erwähnten nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen hin.

Die aktuellen Planungen sehen daher für 2009 einen Fehlbetrag von 9,5 Mio. € vor. Erst im Jahr 2012 könnte ein ausgeglichener Haushalt gelingen.

Hinsichtlich des Finanzplanes ist das Ziel weiterhin langfristig auf den Abbau der Verschuldung ausgerichtet. Kurzfristig soll die Zunahme der Verschuldung gebremst werden. Lässt man die besondere Situation in den Jahren 2009 und 2010 mit den Projekten Sporthalle Euregio-Gesamtschule, Erweiterung Kopernikus-Gymnasium und Neubau Feuerwehrgerätehaus Mesum außen vor, könnte dies in den Jahren ab 2011 gelingen.

Die Prüfung der Eröffnungsbilanz ist noch nicht abgeschlossen. Aus der bisherigen Prüfung einzelner Bilanzpositionen und aus den bis heute durchgeführten Arbeiten zu den Jahresabschlüssen 2006 und 2007 ist bereits erkennbar, dass bei einzelnen Bilanzpositionen Berichtigungen erfolgen werden.

Das zunächst in Ergänzung zur Vorlage. Mein dringender Appell an Sie alle für heute: Lassen Sie uns auch weiterhin gemeinsam an der dauerhaften Verbesserung der städtischen Finanzlage arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Herr Niehues bezieht sich auf die angesprochene internationale Finanzkrise. Er geht davon aus, dass durch die Sicherungsmaßnahmen von Bund und Länder im weiteren Verlauf auch die Stadt Rheine treffen werde. Neben den finanziellen Auswirkungen werde die Stadt Rheine durch die prognostizierten Depressionen bzw. Rezession Veränderungen in der Wirtschaft spüren. Die Menschen seien im Allgemeinen verunsichert. Aufgabe der Verwaltung und Politik sei es nun, den Menschen Mut in dieser Krise zu machen. Man könne der Rheiner Bevölkerung durch die Strukturen der Sparkassen und Volksbanken eine hohe Sicherheit zusprechen, so dass sich niemand große Sorgen um seine Einlagen machen müsse. Der Verwaltung, insbesondere dem Kämmerer, spricht Herr Niehues sein Lob aus, die sich hinsichtlich der Geldanlagen in den letzten Jahren sehr konservativ verhalten habe. Er sei froh, dass sich die Stadt Rheine auf Spekulationsgeschäfte nicht eingelassen habe.

Herr Roscher bezieht sich auf die Vorlage und dankt für die geleistete Arbeit der Verwaltung. Die Verzögerung eines ausgeglichenen Haushaltes aufgrund der vorstehenden Investitionen im Bereich der Bildung und Sicherheit, nehme seine Fraktion, bei dem klaren Ziel insgesamt spätestens 2011-2012 keine Neuverschuldung zu haben, in Kauf.

Zur Tagesordnung der nächsten Ratssitzung bittet Herr Roscher folgende Resolution zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen zu beschließen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

SPD

Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder
Klosterstraße 14
48429 Rheine

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

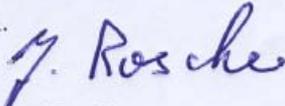
Bankverbindung:
Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

14. 10. 2008

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
die SPD-Fraktion bittet Sie den folgenden Beschlussentwurf auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zur Beratung und Verabschiedung zu setzen. Die Resolution soll dem Finanzministerium NRW, den Fraktionen der im Landtag NRW vertretenden Parteien, dem Präsidenten des Westfälisch Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes und dem Städte- und Gemeindebund NRW zur Kenntnis gebracht werden. Nachteilige Veränderungen der Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind insbesondere zum Schutz mittelständiger Unternehmen und zum Schutz des so genannten „kleinen Mannes“ mit allen verfügbaren demokratischen Mitteln zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.



Jürgen Roscher

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt folgende Resolution zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen:

Aus Sorge um die Zukunft der Sparkassen und in Sorge um die Gefährdung kommunalen Eigentums!

- 1. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen des neuen Sparkassengesetzes NRW bergen unnötige Gefahren für die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Daher werden die Änderungen zum derzeit gültigen Gesetz, wie unter den Punkten 2-6 beschrieben, abgelehnt.**
- 2. Die Einführung von Trägerkapital, auch fakultativ, wird abgelehnt. Es ist unnötig und gibt keine weiteren Entwicklungschancen für die Sparkassen (§ 7 SpkG-E Trägerschaft und Haftung).**

Der Begriff ist nicht eindeutig definiert, gibt also auch keine klare Linie zur Steuerung oder Bemessung der Ausschüttungsmöglichkeiten. Daneben werden Risiken bei einer Überprüfung durch die europäischen Gerichte gesehen, die unter derzeitigem Recht nach 295 des EU-Vertrages noch ausgeschlossen sind. Es könne bei der Einstellung der EU-Kommission, wie sie bei der Einlage des

- Landes bei der West-LB vorlag, zur Eröffnung von Privatisierungsmöglichkeiten kommen.
3. **Zu den Organen der Sparkasse muss weiterhin ein eigenständiger Kreditausschuss / Risikoausschuss gehören (§ 9 SpkG-E Organe).**
Der Kreditausschuss muss dem Vorstand gegenüber ein eigenständiges Organ bleiben. Dazu kommt, dass die Praktikabilität der grundsätzlichen Berichtspflicht an den Verwaltungsrat, wie sie im neuen Gesetz vorgesehen wird, anzuzweifeln ist.
 4. **Die allgemeinen Formulierungen zu den Ausschüttungsregelungen reichen nicht zur Sicherung einer zukunftsorientierten Entwicklung der Sparkassen, deren Wachstum, deren Bildung von Eigenkapital und kann bei der Betrachtung des Haftungsverbundes und den daraus erwachsenden Verpflichtungen zu Problemen führen (§ 25 SpkG-E Verwendung des Jahresüberschusses, Ausschüttung).**
Die gemeinnützige Verwendung der Ausschüttung wird zu Gunsten der allgemeinen Form der Gemeinwohlorientierung aufgegeben. Dafür gibt es keinen Grund.
 5. **Auch eine temporäre Trägerschaft einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse durch eine privatwirtschaftliche Gesellschaft wird abgelehnt (§ 35 SpkG-E Sparkasse in Trägerschaft des Sparkassen- und Giroverbandes oder der Sparkassenzentralbank).**
Die Verfassung der Sparkasse ist anders als die von Aktiengesellschaften oder privatrechtlichen Unternehmungen, nicht auf Gewinnmaximierung ausgelegt und hat damit auch andere Aufgaben übernommen. Daher kann nicht mit den Maximen einer privaten Gesellschaftsform allein geführt werden.
 6. **Der S-Finanzverbund in der gesetzlichen Festlegung wird abgelehnt (§ 39 SpkG-E S-Finanzverbund NRW).**
Hiermit wird die Unabhängigkeit des wirtschaftlichen Handelns eingeschränkt. Der hiermit zu schaffende Finanzverbund findet keinen Vergleich in anderen Ländern und verbindet gesetzlich die öffentlich-rechtliche Sparkasse mit der privatrechtlichen Aktiengesellschaft. Die Ausgestaltung der Verpflichtungen eines solchen gesetzlichen Verbundes geht weit über die derzeitigen S-Clearing-Vereinbarungen hinaus.

Daher fordert der Rat der Stadt Rheine die Überarbeitung des Gesetzentwurfes in diesen besonders wichtigen Punkten vorzunehmen, damit Sparkassen weiterentwickelt werden können und eine Anpassung an die moderne aber an der sozialen Marktwirtschaft und dem Dreisäulenmodell orientierte Struktur des Bankenwesens erfolgt.

Herr Holtel bezieht sich auf die Problematik der Schlüsselzuweisungen und deren Ursachen. Zu den Mehreinnahmen der Grundsteuer B sei innerhalb seiner Fraktion die Frage aufgetaucht, ob diese Beträge nicht den Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werden könnten.

Herr Niehues stellt klar, dass das Land NRW für 2009 mehr Mittel an Schlüsselzuweisungen für die Kommunen bereitstellt, diese jedoch anders verteilt würden. Die Stadt Rheine erhalte weniger Mittel, da sich die Steuerkraft durch eine überproportional gestiegene Gewerbesteuer verbessert habe und das Land bei denjenigen Kommunen ausgleiche, die weniger erhielten. Dies sei nun einmal Solidarität innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen. Zu beklagen sei jedoch, dass das Land offensichtlich im Bereich der Landesförderung die bisherige Zuschusshöhe von 70% auf 60% reduzieren wolle. Diese Regelung betreffe die Stadt Rheine

direkt bei unterschiedlichen Projekten. Er bittet daher den Kämmerer schnellstmöglich Klarheit darüber zu verschaffen, ob die begonnenen Maßnahmen (Rheine R, Gellendorf oder Lindenstraße) von dieser Regelung betroffen sind.

Die CDU-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Verwaltung die Steuersätze nicht zu erhöhen, so Herr Niehues. Dies sei das richtige Signal welches nach Draußen gegeben werden müsse. Nach wie vor sei es Ziel seiner Fraktion, im Ergebnisplan auf mittlerer Sicht auf einer schwarzen Null zu kommen. Die bisherige Entwicklung nach der Umstellung auf NKF im Jahre 2006 sei unter dem Hindergrund der deutlichen Sparbemühungen und höheren Steuereinnahmen durchaus erfreulich. Von einem Haushaltsdefizit von 19 Mio. Euro in 2006 sei man auf etwa 5 Mio. Euro in 2008 herunter gekommen. Wenn für die Folgezeit ein Defizit von bisher 2,5 bis 3 Mio. Euro ausgewiesen werde, dann sei dies eine Größenordnung mit der man zufrieden sein könne, auch wenn das Ziel, schon in 2009 oder in 2010, zu einem ausgeglichenen Haushalt nicht erreicht wurde.

Herr Niehues bittet festzuhalten, dass das vorgelegte Zahlenwerk erst einmal als Eckpunkte und Basis betrachtet werde. Mit dem heutigen Beschluss seien sie nicht als Endgültiges beschlossen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen seien die Details festzulegen. Darüber hinaus behält es sich die CDU-Fraktion vor, die über mehrere Jahre gefahrenen Nullrunden zulasten der freien Trägern zu beraten. Die nicht gewährten Betriebskostenzuschüsse zu den Personal- und Sachkosten hätten die freien Träger, ob aus Sport, Soziales, Jugend oder Kultur, sehr hart getroffen. Ebenso wie die Verwaltung hätten die freien Träger die gestiegenen Kosten aufbringen müssen. Die CDU-Fraktion prüfe, ob es im Jahre 2009 zu einem gewissen Zuschlag kommen könne, damit die freien Träger besser in der Lage seien ihre übernommenen Aufgaben zu erfüllen. Dies sei noch keine Zusage, sondern ein Signal, dass seine Fraktion die Dinge sehr intensiv und verantwortlich prüfe.

Unter diesen Vorhalten stimmt die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu, so Herr Niehues abschließend.

Für die SPD-Fraktion teilt Herr Roscher mit, dass eine grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage bestehe. Seine Fraktion begrüße das Nichtanheben der Realsteuersätze. Im weiteren Verlauf der Beratungen müssten die Detailzahlen ermittelt werden. Positiv bewertet Herr Roscher die Anmerkung von Herrn Niehues über mögliche Betriebskostenzuschüsse für freie Träger zu beraten.

Herr Reiske begrüßt ebenfalls die Wortmeldung von Herrn Niehues. Oberste Priorität sei jedoch eine solide Haushaltspolitik, um nachfolgende Generationen nicht zu belasten. Die Details seien in den Haushaltsplanberatungen festzulegen.

Auch die FDP-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Herr Holtel bezieht sich auf seine Wortmeldung zur Grundsteuer B. Diese Diskussion sei innerhalb seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen, dennoch könnten die Punkte 1-6 des Beschlussvorschlags beschlossen werden.

Zum Inhalt der Vorlage ergänzt Herr Lütke-meier mit folgenden Erläuterungen:

Ergänzende Erläuterungen zur HFA-Vorlage 400/08 Eckdaten Haushaltsplan 2009 - 2012

Ziffer I. 2. – Teilergebnisplan 9 – Zentrale Finanzleistungen

In der letzten Woche sind vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) die neuen, aber noch vorläufigen, Schlüsselzahlen für den Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer veröffentlicht worden. Außerdem liegen inzwischen die vom Innenministerium herausgegebenen Orientierungsdaten 2009 – 2012 für die Haushalts- und Finanzplanungen der Gemeinden vor.

Die Auswirkungen dieser beiden Informationen sind inzwischen ermittelt worden. Für 2009 bedeutet dies bezogen auf das Jahresergebnis eine geringfügige Entlastung von ca. 30 T€. Aufgrund der geringeren Steigerungsraten bei den Erträgen aus Steuern und Zuweisungen führen die neuen Erkenntnisse für die Folgejahre aber zu Verschlechterungen von je ca. 600 T€.

Zum Haushaltsplanentwurf werden wir die aktuellen Werte einarbeiten. Vielleicht liegt dann auch die 2. Proberechnung des LDS zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2009 vor, die wir dann ebenfalls berücksichtigen werden.

Herr Lütke-meier geht auf die voraussichtlichen Veränderungen der Förderrichtlinien ein. Bislang stehe noch nicht fest, welche der geplanten und sich bereits in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen von den Änderungen betroffen seien. Neben dem bislang bekannten Änderungsentwurf gebe es zusätzlich eine Version zum Bereich der Städteentwicklung und –erneuerung.

Nach einer intensiven Beratung zum Thema der Schlüsselzuweisungen und Förderrichtlinien an der sich die Herren Wilp, Reiske und Thum beteiligen lässt Frau Dr. Kordfelder über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss legt für die Aufstellung der Ergebnis- und Investitionsplanung 2009 – 2012 folgendes fest:

1. Für die Realsteuern gelten folgende Hebesätze:

Grundsteuer A	=	192 v.H.
Grundsteuer B	=	401 v.H.
Gewerbsteuer	=	403 v.H.

2. Die Positionen des Ergebnisplanes des Bereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen werden entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage 1 zur Kenntnis genommen.

3. Die Gesamtpersonalaufwendungen werden für 2009 auf 25,212 Mio. € festgesetzt.
4. Im Ergebnisplan werden die Budgets der Fach- und Sonderbereiche entsprechend der in der Anlage 1 der Vorlage dargestellten Budgetübersicht als Obergrenze für die Budgetplanung festgelegt (Vorbehaltlich der Änderungen durch Vermögenszu- und -abgänge bei bilanziellen Abschreibungen und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten).
5. Der Investitionsplan ist so auszugestalten, dass die Netto-Neuverschuldung in 2009 den Betrag von 1.376 T€, in 2010 den Betrag von 507 T€ und in 2012 den Betrag von 1.661T€ nicht übersteigt. In diesem Rahmen sind die Maßnahmen und Projekte insbesondere unter den Zielsetzungen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (EHK) zu planen.
6. Diese Festlegungen stehen unter dem Vorbehalt der möglichen Auswirkungen aus der Eröffnungsbilanz (z. B. Abschreibungen).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Gesamtstellenplan 2009 - Festlegung der Eckwerte Vorlage: 407/08

I/B/1110

Herr Hermeling verweist auf die Vorlage und führt aus, dass die Planung für das Jahr 2009 vorsehe, mit einem Minus von 0,8 Stellen abzuschließen. Hierbei sei zu beachten, dass die nicht beeinflussbaren Stellenausweiterungen von 2,5 Stellen im Bereich des Jugendamtes sowie der 4 Stellen im Bereich des SGB II in der Konzeption enthalten seien.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass sie dem Beschlussvorschlag vorbehaltlich der im weiteren Verlauf stattfindenden Detailberatungen zustimmen.

Zur Vorlage bezieht sich Herr Niehues auf eine 0,25 Stelle im Bereich der Liegenschaften/Wirtschaftsförderung. Nach seinem Wissen werde die Stelle zum 01. Mai 2009 wegfallen. Er fragt, wo diese Stelle in den beigefügten Listen aufgeführt ist.

Herr Hermeling antwortet, dass die Vorlage mit keinem Teilstellenplan gefertigt sei. Im nächsten Jahr werde die Stelle dann entsprechend nachgewiesen.

Herr Roscher merkt an, dass neben der Stellenreduzierung zukünftig auch die Aufgabenreduzierung betrachtet werden müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

Der Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2009 sowie die Fachbereichsstellenpläne gemäß den Anlagen 1 - 3 der Vorlage dienen als Grundlage für die weiteren Beratungen im Zuge des Aufstellungsverfahrens für den Haushaltsplan 2009.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

I/B/1495

Es liegen keine Eingaben vor.

8. Einwohnerfragestunde

I/B/1500

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Anfragen und Anregungen

I/B1525

**Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung der Drogenberatungen
- Antrag der SPD-Fraktion**

Herr Roscher verliest folgenden Antrag und bittet die Verwaltung zu den gestellten Fragen Auskünfte in der nächsten Fachausschusssitzung zu geben.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
Frau Beigeordnete Ehrenberg,
Klosterstraße 14
48429 Rheine

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

14. 10. 2008

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Beigeordnete Frau Ehrenberg,
in den Medien wird seit einiger Zeit vermehrt darüber berichtet, dass die Auswirkungen des Rauschmittelmissbrauchs zu erheblichen negativen Folge führen. Die Spannweite in den wissenschaftlichen Berichten geht dabei vom Kontrollverluste in Konfliktsituationen über ernsthafte chronische organische Krankheiten bis zur Berufs- und Erwerbsunfähigkeit wegen psychischer Erkrankungen als Folge des Rauschmittelmissbrauchs.

Nach Überzeugung der SPD-Fraktion ist deshalb die Intensivierung der Prävention und die Verbesserung der Motivation zum frühzeitigen Rauschmittelverzicht eine dringende gesellschaftliche Aufgabe.

Gegenwärtig wird über die zukünftige Aufgabenwahrnehmung und deren Finanzierung der Drogenberatung ab dem 01.01.2009 im Kreis Steinfurt gesprochen. Betroffen davon sind auch die Drogenberatungsstelle des Caritas Verbandes Rheine und die Einrichtung der Aktion Selbsthilfe e. V. Rheine. Aus Sitzungsdrucksachen ist zu entnehmen, dass möglicherweise massive Veränderungen auch für unsere Stadt Rheine zu erwarten sind (Reduzierung der Personalkostenförderung durch das Land NRW und den Kreis Steinfurt für die Einrichtungen in Rheine um rund 60.000,00 Euro). Auch die Stadt Rheine fördert die genannten Präventionsbemühungen. Die SPD-Fraktion bitte daher um Auskunft zu den folgenden Fragen:

1. Wie wird sich die Angebotsstruktur für Rheine verändern, wenn die Pläne der Landes NRW und des Kreises Steinfurt wie vorgeschlagen umgesetzt werden?
2. Ist die Stadt Rheine bislang durch den Kreis Steinfurt über deren Absichten informiert worden und konnte sich die Stadt Rheine an der Entwicklung der Beschlussvorlagen beteiligen?
3. Wie beurteilt die Fachverwaltung die Aufgabenwahrnehmung der Drogen- und Suchtberatung im Kreis Steinfurt bei den beabsichtigten Mittelkürzungen und welche Auswirkungen werden für die Stadt Rheine - als größte Stadt des Kreises - eintreten?
4. Welche Auswirkungen haben die Veränderungen für den Finanzierungsbeitrag der Stadt Rheine?
5. Wie stehen die Träger zu den in der Diskussion stehenden Vorschlägen des Landes NRW und des Kreises Steinfurt?

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

Jürgen Roscher

**Freigabe der Bahnunterführung von der Lindenstraße zum Kardinal-Galen-Ring
- Anregung von Herrn Holtel**

Herr Holtel bezieht sich auf die noch zu erledigenden Restarbeiten an der Baustelle des Kardinal-Galen-Ringes. Derzeit sei die Durchfahrt von der Lindenstraße zum Kardinal-Galen-Ring noch gesperrt. Er bittet die Durchfahrt bis zum Kirmeswochenende freizugeben.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass es vorgesehen sei, die Unterführung bis zum Kirmeswochenende freizugeben.

**Ampelanlage Bahnhofstraße – Kardinal-Galen-Ring
- Anfrage von Herrn Mau**

Herr Mau bezieht sich ebenfalls auf die Baustelle Bahnhofstraße/Kardinal-Galen-Ring. Er informiert, dass die Fuß- und Radfahrerampel vom Bahnhof in Richtung Innenstadt so weit vom Radweg entfernt sei, dass es für einen Radfahrer nicht möglich sei, den Taster der Druckampel zu betätigen. Er bittet die Verwaltung hierzu Stellung zu beziehen.

**Aufzuginstallation im Rheiner Bahnhof
- Anfrage von Herr Niehues**

Herr Niehues teilt mit, dass nach seinen Informationen die Aufzüge für die Bahnsteige des Bahnhofes Rheine bereits geliefert seien. Für ihn stellt sich die Frage, warum sie noch nicht installiert würden. Er bittet die Verwaltung, bei der Deutschen Bahn eine Information einzuholen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:12 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer